

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

30.4.1913 (No. 117)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 117

Mittwoch, den 30. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Rat: Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Kriegs- u. Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“, Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“, für die Monate

Mai und Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Hofrat
Gustav Gundelfinger und Robert Kürsner in Karlsruhe
die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme
und zum Tragen der ihnen verliehenen königlich schwe-
dischen silbernen Verdienstmedaille mit der Krone zu er-
teilen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern
wurde die Verlegung des Revisionsassistenten Oskar
Kreidgauer in Pfullendorf nach Offenburg zurückge-
nommen.

Die Lotterie des Pferdezuchtvereins für Elsaß-Lothringen betreffend.

Dem Pferdezuchtverein für Elsaß-Lothringen wurde
die Erlaubnis zum Vertrieb von 22000 Rosen zu 1 M., der
von ihm im November 1913 zu veranstaltenden Auspie-
lung von Pferden, Wagen und anderen Gebrauchsgegen-
ständen im Gebiet des Großherzogtums Baden unter den
nachstehenden Bedingungen erteilt:

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Lose müssen
zuvor mit dem Stempel des Großherzoglichen Ministe-
riums des Innern versehen werden.

Die Lose dürfen in Baden durch Ankündigung in badi-
schen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe
badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 21. April 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glo dner.

Sung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 29. April.

Reichstag.

* Berlin, 28. April.

Der Reichstag setzte heute die Staatsberatung fort. Zu-
nächst findet namentliche Abstimmung über den Kompromiß-
antrag auf Wiederherstellung der Ostmarkenzulage bei dem
Wahlkreislotteriegesetz statt. Die Ostmarkenzulage wird mit 179 gegen
10 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Der Etat des
Reichsmilitärgerichts wird ohne Debatte erledigt.

Beim Marinetat begründet Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath
(natl.) einen Antrag auf Wiederherstellung der Regie-
rungsvorlage bezüglich des sechsten Departementsdirektors
beim Reichsmarineministerium und der Funktionszulage. — Die
Vorlage wird wiederum mit 150 gegen 112 Stimmen abge-
lehnt.

Bei dem Titel Bekleidung erklärt Vizeadmiral Capelle auf
die sozialdemokratische Kritik, der Gesundheitszustand in den
Betrieben sei durchaus gut. — Der Etat des Marinetatats
wird nach weiterer unerbittlicher Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsjustizamtes.

Abg. Dr. Lensch (Soz.) wendet sich gegen die Behauptung
des Reichsjustizministers, daß die sozialdemokratische „Leipziger
Volkszeitung“ das Christentum verhöhnt hätte.

Abg. von Trampedach (Soz.) protestiert gegen den Vor-
wurf der Verfassungsverletzung.

Staatssekretär Dr. Visco: Der Reichstanzler hatte die „Leip-
ziger Volkszeitung“ mit einem anderen Blatte verwechselt,
was dem Abg. Lensch bereits am nächsten Tage mitgeteilt
wurde.

Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich die Sozial-
demokraten Lensch und Heine sowie Mumm (W. Bgg.) und
Graf Westarp (kons.) beteiligen, erklärt Unterstaatssekretär
Wahlhaff: Zunächst möchte ich bestätigen, was Herr
Staatssekretär Visco schon gesagt hat, daß ich im Auftrage
des Reichstanzlers unmittelbar am anderen Tage Dr. Lensch
mitgeteilt habe, daß die Bemerkung in bezug auf den Artikel
in der Leipziger Volkszeitung auf einer Verwechslung be-
ruhe. Der Reichstanzler hat in der loyalsten Weise dem Abg.
Lensch gegenüber diese Erklärung abgegeben lassen. Herr Lensch
hat mir darauf neulich in der Kommissionssitzung nahegelegt,
ob nicht der Reichstanzler auch hier im Plenum eine solche
Erklärung abgeben wolle. Ich habe Herrn Dr. Lensch geant-
wortet: Wenn er das tut, so würde er den Vorwurf gegen die

Presse nicht zurücknehmen können. Da ist eine große Masse
von Material vorhanden. (Zuruf der Sozialdemokraten: Rei-
chen Sie es doch einmal her.) Wenn es sein muß, in zehn
Minuten. Ich habe das Material selbstverständlich da. Ich
habe nur den Wunsch, diese Debatte damit erledigt sein zu
lassen. Daß der Staatssekretär des Justizamtes nichts davon
wußte, daß der Reichstanzler eine Untersuchung wünsche, oder
ob überhaupt irgendeine strafbare Äußerung in einer sozial-
demokratischen Zeitung gestanden hat, das beruht auf einer
Verwechslung, die leicht möglich ist. Es kommt sehr häufig
vor, daß die Justizbehörden sitzen und prüfen, ob etwas straf-
bar ist. Wenn das nicht in diesem Fall Herr Staatssekretär
Visco war, so ist das deshalb, weil vielleicht der Reichstanzler
derartige zwei Instanzen verwechselt hat. Dann ist es an den
preussischen Staatsminister der Justizverwaltung gegangen.
Das ist doch nichts Wunderbares.

Bei einem späteren Titel befragt Abg. Jund (natl.)
einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage
hinsichtlich des sechsten Reichsanwalts.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Abg. Heine (Soz.),
Jund (natl.), Müller-Meinungen (Sp.) und Haase (Soz.) be-
teiligen, wird über den Antrag Jund namentlich abgestimmt.
Der Antrag wird mit 177 gegen 118 Stimmen bei drei Ent-
haltungen abgelehnt.

Der Justizetat passiert ohne Debatte. — Beim Etat des
Reichshofamtes wird über die Ostmarkenzulage für den Sta-
tionskontrollen in Rosen (430 M.) namentlich abgestimmt.
Die Vorlage wird mit 182 gegen 114 Stimmen bei 2 Ent-
haltungen abgelehnt. Der Kolonialetat wird debattelos bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichseisenbahnamtes.

Abg. Bauder (Soz.) bringt Eisenbahnwünsche vor. Abg.
Wendroff (Fortf. Sp.) bemängelt die Eisenbahnverbindun-
gen in Westfalen.

Abg. Berner-Hersfeld (Sp.) tritt für Vesserstellung des
Lokomotivpersonals ein.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wadersapp betont, daß
die Unfälle stetig zurückgegangen sind.

Medlenburgerischer Gesandter Freiherr von Brandenhein
führt aus, die Medlenburgerische Friedrich-Franz-Eisenbahn
stehe in bezug auf die Unfallstatistik günstiger da als irgend
eine andere Eisenbahnverwaltung. — Nach weiterer Debatte
wird der Etat bewilligt, ebenso der Etat der Reichshofämter.

Beim Etat des Rechnungshofes kommt Generalmajor Leut-
nant von Weidner unter großer Unruhe des Hauses auf die
Angelegenheit der Pensionierung des Militärkapitänleutnants
und die hierdurch veranlaßten Erörterungen zurück.

Vizepräsident Dove und Abg. Erzberger (Zentr.) äußern
sich darauf ebenfalls zu der Angelegenheit.

Bei dem nun folgenden Etat der Post- und Telegraphenver-
waltung empfiehlt Abg. Schulz-Bromberg (Sp.) die Annahme
des Ostmarkenzulage.

Staatssekretär Kräfte: Ich möchte diesen Appell warm un-
terstützen.

Mehrere Redner des Zentrums, der Sozialdemokraten, Na-
tionalliberalen, Fortschrittler und Polen bringen Wünsche,
Wünsche über bessere Befoldung der Beamten usw. vor.
Darauf wird die Ostmarkenzulage mit 176 gegen 104 Stim-
men definitiv abgelehnt.

Der Postetat wird bewilligt. Es folgen mit unwesentlicher
Debatte die Etats der Reichsdruckerei, der Reichseisenbahnen
und der allgemeinen Finanzverwaltung. Schließlich wird
noch der Hauptetat und das Etatsgesetz genehmigt, damit ist
die dritte Lesung des Etats beendet. In der Gesamtabstim-
mung wird der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemo-
kraten und Polen angenommen.

Nächste Sitzung am 27. Mai, nachmittags 2 Uhr. Tagesor-
dnung: Anträge, Petitionen. — Schluß 9 Uhr.

* Berlin, 28. April. (Budgetkommission.) Der Kriegsmini-
ster führte weiter aus: Die militärischen Übungen halten die
lange Zeit des Verurlaubtandes nicht vor. Man muß in
einem Krieg so stark und wohlgerüstet wie möglich sein. Den
Schaden eines verlorenen Krieges tragen in allererster Linie
die arbeitenden Klassen. — Ein fortschrittlicher Redner
betonte, daß in Deutschland kein Mensch daran denke, die so
wertvollen Neutralitätsbedingungen zu verletzen. Er warnt
dann davor, auf die bedingt tauglichen und zukünftigen
Tauglichen zurückzugreifen. Der Redner hat um die Prü-
fung der Frage der Verproviantierung der großen Massen
und sprach sich für die Hebung des inneren Wertes der Trup-
pen aus und reichte diesbezügliche Wünsche in zwei Resolu-
tionen ein. — Generalleutnant Wandel erklärte, der Rekru-
tenbedarf wird nicht nur aus den Ersatzreserven, sondern
auch aus den zurückgestellten genommen. In diesem Jahre
sind nach den vorliegenden Musterungsergebnissen bereits
85 000 Mann mehr Taugliche vorhanden, ohne daß im Ge-
ringsten die Anforderungen an die körperliche Tauglichkeit
herabgesetzt worden sei. — Kriegsminister von Heeringen
führte aus: Die Führung großer Massen macht naturgemäß
große Schwierigkeiten, dem wir vorgebeugt durch Dezentra-
tion der Befehlsgewalt. Die große Länge unserer Grenzen
macht naturgemäß mehrere Kreise erforderlich und dann
würden wir eher zu wenig als zu viel Leute haben. Der
Kriegsminister sprach dann über die Bedeutung der russischen
Armee und unterstrich die vorherigen Ausführungen über die
günstigen Musterungsergebnisse, bei denen die Anforderungen
in keiner Weise herabgesetzt worden seien. — Generalleutnant
von Wandel betonte das lebhafteste Interesse der Verwaltung
an der sorgfamen und strengen Auswahl der Tauglichen. Die
Grundzüge hierfür seien durchaus klar und sachlich geregelt.
Zum Schluß der Sitzung entspann sich eine Geschäftsor-
dnungsdebatte. Auf den von der Kommission geäußerten
Wunsch, der Reichstanzler und der Staatssekretär des Aus-

wärtigen Amtes möchten heute den Beratungen beiwohnen, ist
von diesen Herren erwidert worden, sie seien augenblicklich
am Erscheinen verhindert. Darauf beantragten die Sozial-
demokraten, die Weiterberatung aussetzen, bis der Reichs-
kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen erscheinen
könnten. Schließlich stimmte die Kommission dem Vorschlag
des Vorsitzenden zu, der dahin ging, den Staatssekretär des
Auswärtigen zu bitten, in der morgigen Sitzung Auskunft
über einige Fragen zu geben. Nächste Sitzung: Dienstag
9 Uhr.

Berlin, 28. April. Dem Reichstag ist von dem Abgeordneten
Dr. Spahn (Zentr.) ein Antrag zugegangen, den Reichs-
kanzler zu ersuchen, ein besonderes Gesetz über den Handel
mit Drogen, Futtermitteln und Sämereien, entspre-
chend dem Grundgedanken des Nahrungsmittelgesetzes, zum
Schutze der Landwirtschaft und des realen Handels baldigst
in die Wege zu leiten.

Um Skutari.

* Die gestrige Konferenz der Vorkonferenzvereinigung,
bei der Staatssekretär Grey den Vorsitz führte, dauerte
3¼ Stunden. Der Sitzung gingen Besprechungen des
österreichisch-ungarischen und des russischen Vorkonferenz-
mit dem Staatssekretär Grey voraus. Andeutungen aus
gutinformativen Kreisen lassen die Annahme als gerecht-
fertigt erscheinen, daß, nachdem sich die Vorkonferenz mit
ihren Regierungen ins Einvernehmen gesetzt haben,
Österreich-Ungarn die von ihm gewünschten Mitteilungen
über das, was die Mächte zu tun bereit sind, gemacht wer-
den können. Man hat den Eindruck, daß der letzte Schritt
Essad Paschas die Lage ernstlich verwickelt. Über einen
Punkt herrscht völliges Einverständnis: Daß dieser Schritt
das Ergebnis eines Übereinkommens mit Montenegro
ist. In gut informierten Kreisen wird, einer Meldung
des Reuterschen Bureaus zufolge, kein Fehl daraus ge-
macht, daß das Widerstreben der Vorkonferenz, weiteren
Schritten gegen Montenegro zuzustimmen, ein Gefühl
der Gerechtigkeit verursacht hat. Wie in der Sitzung er-
klärt wurde, ist Österreich-Ungarn gegenüber den anderen
Mächten der Ansicht, daß ein Aufschub irgendwelcher
Schritte die Lage nicht nur für Europa selbst, sondern
auch für König Nikolaus noch schwieriger gestalte; da
es durch seine ihm benachbarte Lage unmittelbar interes-
siert ist, so ist es sich klar darüber, daß etwas von be-
stimmter Art geschehen muß. Einfache Flottendemon-
strationen haben sich als nutzlos erwiesen und Montene-
gro wird zur Räumung von Skutari gezwungen werden
müssen. Es wird indessen nicht angenommen, daß dies
mit Waffengewalt geschehen muß, doch würde eine jede
militärische Aktion, die notwendig werden sollte, von
solcher Art sein müssen, daß der Erfolg gesichert wird.
Dies ist der österreichisch-ungarische Standpunkt, wie er
gestern nachmittags dargelegt wurde.

Mit welcher ernsten Augen die Lage zurzeit betrachtet
wird, geht aus folgender Äußerung der römischen „Tribuna“
hervor: In diesem Augenblick sind alle Augen auf
Skutari gerichtet. Eine ablehnende Antwort würde
einer Herausforderung gleichkommen, nach welcher Öster-
reich-Ungarn sich für berechtigt halten würde, zu handeln.
Die Lage ist also sehr ernst. Aber unabhängig von der
Skutarifrage besteht in Albanien eine innere Frage. Aus
dem Innern kommen sehr bedenkliche Nachrichten. Die
Konkurrenz sollen die Mächte benachrichtigt haben, daß eine
Anarchie vorauszufernen sei und ihnen geraten haben,
die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen.

Weitere Drahtberichte melden:

Wien, 28. April. Gestern ist, wie von maßgebender Seite
mitgeteilt wird, in Cetinje ein Kollektivschritt erfolgt, wodurch
Montenegro aufgefordert wird, Skutari den Mächten zu über-
geben. Die Antwort lautete, daß es der montenegrinischen
Regierung wegen der Osterfeierzeit nicht möglich sei, eine
Entscheidung zu fassen. Da es bereits so gut wie sicher ist,
daß Skutari nur infolge von Verhandlungen kapituliert, so
mehrten sich die Anzeichen, daß Essad Pascha einen Pakt abge-
schlossen hat, demzufolge er den Drin als Grenze zwischen
Montenegro und Albanien anerkennt, so daß Skutari an
Montenegro fallen würde, wofür ihm Montenegro beifällig
wäre, sich als Oberhaupt, als Fürst oder König von Albanien
zu proklamieren. Die Montenegriner haben nach Erlaß der
Proklamation, über deren Inhalt noch keine Meldungen vor-
liegen, mit ihren Hauptkräften unter dem Erbprinzen Danilo
Skutari verlassen und sind nach Norden abmarschiert. Fünf
Bataillone sind in der Stadt zurückgeblieben. Eine bloße
Verhinderung der Flucht hält man hier um so mehr für kein
wirksames Mittel, da Montenegro von Serbien mit Lebens-
mitteln für zwei bis drei Monate versorgt ist.

London, 28. April. Der montenegrinische Delegierte Popo-
witsch erhielt ein Telegramm aus Cetinje, in dem der Inhalt
der Mitteilung, welche die Vertreter der Mächte der montene-

grinischen Regierung machen, folgendermaßen wiedergegeben wird: „Wir haben die Ehre, gemeinsam der königlich montenegrinischen Regierung zu erklären, daß die Einnahme Stutari in keiner Weise die Entschlebung der Mächte bezüglich der Nord- und Nordostgrenze Albaniens ändert, daß daher Stutari möglichst in kurzer Frist geräumt und den Mächten übergeben werden muß, welche durch die Kommandanten der internationalen Seestreitkräfte vertreten sind. Die montenegrinische Regierung wird aufgefordert, diese Mitteilung schnell zu beantworten.“ Papawitsch fügte hinzu, er habe von seiner Regierung den Befehl bekommen, formell gegen die ungerechte und grausame Forderung zu protestieren, und neuerlich die Mächte zu ersuchen, die Angelegenheit zu prüfen. Es sei eine Lebensfrage für Montenegro, daß Montenegro ebenso behandelt werde, wie die anderen Verbündeten.

Wien, 28. April. Die „Reichspost“ meldet aus Cattaro: Die Grenze ist gegenwärtig durch die Montenegriner auch für die Post gesperrt, doch kamen verschiedene Meldungen über die Grenze durch das hier aus Stutari über Cetinje eingetroffene englische Rote Kreuz, bei dem sich vier Ärzte befinden. Diese berichten, daß die Übergabe Stutari ohne vorherigen Kampf, der Sachlage nach anscheinend ganz unmotiviert, erfolgte. Als Essad Pascha die Übergabe proklamierte, erhob sich unter den Albanen eine Meuterei gegen ihn, welche er blutig erstickte. Essad Pascha ließ sich bereits in Stutari als Fürst von Albanien ausrufen. Die Truppen hatten noch Proviant, aber die Not der Bevölkerung Stutari war sehr groß; täglich starben etwa 50 am Hungertod. Das Gros der serbischen Truppen, welche an der Belagerung Stutari teilgenommen hatten, waren bei Durazzo konzentriert. Die Räumung des nördlichen Albaniens durch die Serben ist noch nicht vollzogen; es fanden nur teilweise Abtransporte statt.

Wien, 28. April. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Balona: Gegen einen eventuellen Vorstoß David Paschas aus Balona sandte die provisorische Regierung von Albanien 2000 albanische Soldaten, die vor der Kapitulation von Janina diese Stadt verlassen hatten, in zwei Abteilungen an den Wozuzfluß, um David's Truppen dort am Übergang zu verhindern.

Wien, 28. April. Das „Fremdenblatt“ meldet: Der Erzherzog Franz Ferdinand empfing gestern den Grafen Berchtold in längerer Audienz. — Anlässlich der gestrigen Audienz des Kronprinzen beim Kaiser schreibt das „Neue Wiener Tagblatt“: Aus der Umgebung des Kaisers wird berichtet, daß der Monarch sich nicht nur des vollsten Wohlbehagens erfreut, sondern auch, wie immer, bei Anlässen, welche besonderer Beschlässe und Entscheidungen bedürfen, bewundernswerte Frische zeigt. Des Kaisers Reistern ist nach wie vor die Erhaltung des Friedens und die Lösung der Schwierigkeiten auf glattem, diplomatischem Wege. Man kann aber betonen, daß der Kaiser, wenn es der Zwang der Verhältnisse erfordert, sich mit der ganzen Entschiedenheit wie für den Frieden, für die Anwendung der notwendigen Maßnahmen zur Wahrung des Prestiges des Staates erklärt.

Paris, 28. April. Der Minister des Äußern, Bihon, empfing heute nachmittag Ismail Kemal Bei, den Leiter der provisorischen Regierung von Albanien. Ismail Kemal erklärte einem Berichterstatter, das Vorgehen Essad Paschas lasse sich nur mit den Worten „Verrat und Wahnsinn“ kennzeichnen.

Göln, 28. April. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die dem „Tempo“ aus Rom zugegangene Nachricht, wonach die deutsche Regierung erklärt habe, ein größeres militärisches Vorgehen, um die Herausgabe Stutari zu erzwingen, sei unannehmbar, ist vollkommen erfunden.

Politische Übersicht.

Die württembergische Landespolizeizentralstelle.

SRK. Stuttgart, 28. April.

Zur Juli vorigen Jahres hat das Ministerium des Innern in einem Erlaß bekannt gegeben, daß die Erledigung einer Reihe von landespolizeilichen Aufgaben die baldige Errichtung einer staatlichen Landeszentralpolizeistelle notwendig mache. Die nötigen Geldmittel wurden dann im Hauptfinanzetat für 1913/14 gefordert. Bei der Kommissionsberatung der Zweiten Kammer ist der Gesetzentwurf mit Stimmgleichheit durch Stichentscheid des Vorstehenden abgelehnt worden. Diese Abstimmung, die zunächst einmal ein Zufallsergebnis darstellt und keineswegs erkennen läßt, ob im Plenum nicht eine Mehrheit für die Vorlage vorhanden ist, wird die weitere parlamentarische Behandlung der Angelegenheit nicht aufhalten. Diese hat eigentlich schon im Februar 1911 eingesetzt, als der damalige Minister des Innern die Unentbehrlichkeit und den Aufgabentritt dieses Amtes vor der Zweiten Kammer darlegte. Es sollte in Verbindung mit der damals geplanten Verstaatlichung der Stuttgarter Polizei errichtet werden. Letzterer Gedanke ist zwar inzwischen fallen gelassen worden, seitdem von Seiten der Gemeindeverwaltung selbst eine gründliche Reform der hauptstädtischen Polizeiverwaltung eingeleitet hat, aber der Widerstand der Volkspartei und der Sozialdemokratie, der sich prinzipiell gegen diese Verstaatlichung geltend machte, hat sich auch auf die Landespolizeizentrale übertragen. Die nationalliberale Partei, die unter den alten Zuständen für die Verstaatlichung eintrat, ist heute, nachdem sie auf dem Stuttgarter Rathaus den maßgebenden Einfluß erlangt hat und durch einzelne Mitglieder der Fraktion und des Parteivorstandes an einem möglichst hohen Maß von Selbstverwaltungsrechten der Stadtgemeinde Interesse erlangt hat, in sich gespalten. Man kann es nachfühlen, daß die schönen Erfolge, die die neue Stadtverwaltung mit der Polizeireform erzielt hat, in ihr und den ihr politisch besonders nahestehenden Kreisen den Wunsch gezeitigt hat, den weitreichenden Einfluß, den ihr die Polizeiverwaltung gewährt, noch durch die Angliederung der meisten der Landespolizeizentrale zugeordneten Aufgaben an ihre eigene Regie zu vermehren, aber die Interessen des ganzen Landes erfordern von der großen Mehrzahl der nationalliberalen Abgeordneten unbedingt eine andere Stellungnahme, die zur Bildung einer Mehrheit für den Gesetzentwurf im Landtag hinreichen würde. Zudem haben sich bedenkliche Unklarheiten darüber ergeben, wer auf dem Stuttgarter Rathaus für die Maßregeln der städtischen Polizei verantwortlich ist, wie es sich mit auffallender Deutlichkeit bei der Besprechung eines

Filmzensurverlasses des Polizeidirektors vor den bürgerlichen Kollegien gezeigt hat. Gerade die Filmzensur soll, ähnlich wie die Unterdrückung des Süßstoffschmittgels, einen wichtigen Teil der Funktionen der Landespolizeizentrale bilden. Im übrigen ist sie in der Hauptsache als Sammel- und Auskunftsstelle für die Verbrechenverfolgung gedacht. In ihrer weiteren Entwicklung wird sie aus einer Nachrichtenzentrale zu einer Fahndungszentrale ausgebaut werden. Von Anfang an hat sie den Erkennungsdienst für das ganze Land zu übernehmen, wie er bis jetzt mit den neuesten Errungenschaften der Technik und Registratur nur der Stuttgarter Polizei in voll ausreichendem Maße, nicht aber dem Landjägerkorps zu Gebote stand. Als Muster schwebt etwa die sächsische Landespolizeizentrale oder auch die französische Einrichtung der brigades mobiles vor, die namentlich bei der Bekämpfung der Spionage wertvolle Dienste leisten. Gerade der Umstand, daß der kriminalpolizeiliche Aufwandsdienst der vorgeschlagenen Zentrale von sich an auch auf dieses für die Sicherheit des Reiches so wichtige Gebiet erstrecken soll, spricht ohne weiteres gegen die Veruche, die Zentralstelle der Stuttgarter Stadtverwaltung anzugliedern. Und wenn vollends der deutsche Polizeifortschritt, wie zu erwarten steht, beschließen sollte, eine Zusammenfassung aller bundesstaatlichen Landespolizeizentralstellen zu einer Reichskriminalpolizei in die Wege zu leiten, so ist die einfache Voraussetzung dafür, daß auch in Württemberg ein solches Institut als reine Staatsanstalt besteht. Daß andere Bundesstaaten in der Bekämpfung des zünftigen Verbrechertums Württemberg soweit voran sind, liegt lediglich daran, daß dort in den großen Städten staatliche Polizeiverwaltungen bestehen oder wenigstens das Zusammenarbeiten von Staatsanwaltschaft und Stadtpolizei fruchtbarer funktioniert als in Württemberg.

Die einzige sachliche Schwierigkeit scheint darin zu liegen, daß die Landespolizeizentrale in der Stadt Stuttgart natürlich nicht ausgegliedert werden kann, daß andererseits die Stuttgarter Polizeiverwaltung sich durch diese Konkurrenz beschwert fühlt, daß ferner die Landeszentrale mit den modernen Hilfsmitteln der Kriminalistik ausgestattet werden und eine große Registratur einrichten muß, die die Stuttgarter Polizei sich erst in neuerer Zeit geschaffen hat. Es liegt nahe, anzunehmen, daß die beiden Behörden unter der Leitung der ihnen gemeinsam vorgelegten Staatsanwaltschaft neben einander reibungslos arbeiten können, doch sind Eiferjüchteleien nicht ausgeschlossen, die vielleicht nicht so erheblich wären, wenn man nicht erwarten müßte, daß sie alsbald zu politischen Aktionen auf dem Stuttgarter Rathaus aufgebaut werden. Aber auch solchen Schwierigkeiten wird man begegnen können. Überdies zeigt das Beispiel von Sachsen, daß mit dem erforderlichen Taftgefühl auf beiden Seiten ein gutes Verhältnis zwischen den Polizeibehörden größerer Städte wie Leipzig und Chemnitz, die freilich die Magistratsverfassung haben, und der Landespolizeizentrale durchaus zu erzielen ist.

* Der Kaiser drückte in einem Telegramm dem Generaldirektor Ballin sein Bedauern aus, daß seine Zeiteinteilung es ihm leider für die nächsten Monate nicht gestatte, an der Einweihungsfahrt des „Imperator“ teilzunehmen. Er hoffe später eine Fahrt auf dem stolzen Schiffe mitmachen zu können. Die vorübergehende Betriebsstörung in den Maschinen bezeichnet das Telegramm als eine der bei so großen Turbinenanlagen üblichen Kinderkrankheiten, deren Behebung der vortrefflichen Vulkanwerkstätt sicher schnell gelinge. Auch der Kronprinz sprach Ballin telegraphisch sein Bedauern über die Verschiebung der Probefahrt sowie die Hoffnung aus, daß die Verschiebung nur von kurzer Dauer sein möge.

* Die Reichstagsersatzwahl in Bamberg. Bei der am 22. April im Wahlkreis Oberfranken (Bamberg) vorgenommenen Reichstagsersatzwahl wurden, laut amtlichem Wahlergebnis 21 587 gültige Stimmen abgegeben. Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten betrug 29 012. Es erhielten Domprediger Johann Leicht-Bamberg (Zentr.) 14 133, Postsekretär Ludwig Kraus-Bamberg (Fortsschr. Volksp.) 3284 und Gaussekretär Hans Vogel-Fürth (Soz.) 4150 Stimmen. Zerplittert waren 20 Stimmen. Gewählt ist somit Leicht (Zentr.).

Zeitungsstimmen.

* **Parlamentsberichterstattung.** Der „Reichsbote“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Über die Reichstagsitzung vom 9. April, in der die beiden bairischen Generalmajore den bekannten Zusammenstoß hatten, berichtet das Wölffische Telegraphenbureau in merkwürdiger Weise. Am Schlusse der Redebeurteilung des Reichsbotes heißt es da: „Stürmische, sich immer wiederholende Zustimmung fast im ganzen Hause.“ Man beachte das Wörtchen fast. Als darauf Generalmajor Wenninger spricht, heißt es wieder: „Erneuter, nicht endenwollender Sturm der Entrüstung fast im ganzen Hause“, und schließlich gar nach den französischen Verwahrungen: „Lofende, andauernde Zustimmung des Hauses.“ Jetzt fehlt also sogar das Wörtchen fast! Im Reichsboten-Bericht heißt es dagegen bei Redebeurteilung: „Großer Lärm, Weisfall links und im Zentrum“, bei Wenninger: „Großer Lärm, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das gibt's hier nicht“, und bei Frank: „Großer Lärm, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Zentrum schweigt.“ Also nicht einmal das Zentrum hat bei Frank mitgeläutert, wo Wölff berichtet, daß das ganze Haus in nicht endenwollenden Entrüstungstürmen ausgebrochen ist. Es ist doch unerhörte, wenn ein Nachrichtenbureau solche zugunsten der Sozialdemokratie gefärbte Berichte ausgeben läßt. Da wäre es wirklich angebracht, wenn die Behörde sich einmal ernstlich um die Kräfte, die dort parteiisch walten, kümmerte und mit erfrischender Deutlichkeit die Pflichten einer Berichterstattung einschärft. Diese Berichte gehen an Hunderte von Zeitungen, die zunächst ja gar nicht in der Lage sind, ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, und verbreiten im Volke und im Auslande ganz falsche Stimmungsbilder. Auffällig ist auch, wie lang meist über die Redner der Rechten berichtet wird, während die liberalen und sozialdemokratischen Redner in großer Ausführlichkeit wiedergegeben werden, so daß auch in diesem Sinne ein falsches Bild entsteht.“

* Ausland.

Genf, 26. April. Die Weltausstellung wurde heute nachmittag im Beisein des Königs, der Königin und des Kronprinzen eröffnet. Der Feierlichkeit wohnten die Minister, das diplomatische Korps, viele Deputierte und Senatoren, fast alle hohen Beamten des Kaiserreichs, sowie der französische Handelsminister und der Ackerbauminister bei. Die Ausstellung ist noch in unfertigem Zustand. Keine ausländische Abteilung ist so weit fortgeschritten, daß sie eröffnet werden kann.

Osaka, 28. April. Die Kammer setzte heute die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verjährung der Klüffenverteidigung fort. Der Kriegsminister hob hervor, daß das Fortis bei Bliffingen nicht zur Abperrung der Schelde, sondern nur der nationalen Verteidigung dienen solle. Die Abänderungsanträge, die verlangten, kein Fortis bei Bliffingen zu errichten, seien unannehmbar. Der Minister des Äußern erklärte, der Plan sei völlig unbeeinträchtigt durch fremde Einmischung. Keine Macht erhebe gegen den Gesetzentwurf Einspruch. In persönlicher Besprechung mit den interessierten Kabinetten habe er festgestellt, daß die Überzeugung herrsche, daß der Gesetzentwurf nur der Wahrung rein nationaler Interessen diene.

Paris, 28. April. Das „Echo de Paris“ meldet: Man hält es für wahrscheinlich, daß in Kürze eine Schiffsdivision nach der Levante entsandt werden wird, um über die dortigen Interessen Frankreichs zu wachen. Es handelt sich übrigens dabei um die Erneuerung einer Maßnahme, die schon einmal bestanden hat. Bemerkenswert ist, daß die Anregung hierzu vom Minister des Äußern ausgegangen ist, der beim Marineminister nachdrücklich dafür eintrat, daß die französische Flotte im östlichen Mittelmeer und im Archipel stets vertreten sei.

Paris, 28. April. Ein Telegramm des Gouverneurs von Indochina an den Kolonialminister besagt, daß bei einem in Hanoi am 26. April auf der Terrasse eines Cafés in der Rue Paulbert gegen die Franzosen verübten Bombenanschlag die Hauptleute Mongrand und Chapuis getötet, der Hochbootsmann Lerch, zwei im Zivildienst stehende Beamte Kermeol und Burdin sowie fünf Eingeborene leicht verwundet wurden. Streng auf ihre Zuverlässigkeit geprüfte Erhebungen führten den Anschlag auf Parteigänger des Fürsten Souongte zurück. Der Anschlag ist in den Bezirksgemeinden Cantons und Hongkongs vorbereitet, in dem sich revolutionäre Chinesen befinden, welche die aufrührerischen Annamiten beraten und unterstützen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 29. April.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin begab sich gestern nachmittag 2¼ Uhr nach Heidelberg zum Besuche der dorthin anberaumten 11. Landestuberfuloseverammlung. Höchstdieselbe wurde am Bahnhof von dem Amtsvorstand, dem Prorektor der Universität und dem Garnisonsältesten sowie dem Oberbürgermeister empfangen und in das Versammlungslokal geleitet. Nach Begrüßung durch den Generalsekretär, die Mitglieder des Zentralkomitees des Frauenvereins und des Vorstandes des Zweigvereins Heidelberg wohnte Ihre königliche Hoheit den Verhandlungen bis zu deren Beendigung an und nahm sodann verschiedene Vorstellungen entgegen. Hierauf folgte Höchstdieselbe einer Einladung der Stadt Heidelberg zum Tee in dem Versammlungslokal. Abends 7¼ Uhr kehrte Ihre königliche Hoheit nach Karlsruhe zurück.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Dr. Böhm zur Vortragserstattung. Darnach meldete sich: Generalleutnant z. D. Dumrath, bisher Kommandeur der 29. Kavalleriebrigade.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind heute nachmittag zu mehrtägigem Aufenthalt nach Jagdschloß Kaltenbrunn abgereist.

** Zur Verhütung des Flaschenmißbrauchs durch Verwendung der Bierflaschen der Brauereien zur Aufbewahrung von anderen Flüssigkeiten, die die spätere Wiederverwendung der Flaschen als Bierflaschen unmöglich machen, ist von dem Ministerium des Innern in die Gesundheitsverordnung vom 23. Dezember 1908 neuerdings eine Bestimmung aufgenommen worden, nach der durch ortspolizeiliche Vorschriften verboten werden kann, gesundheitsgefährliche und ekelerregende Flüssigkeiten in Trink- oder Kochgefäßen oder in solchen Flaschen oder Krügen feilzuhalten und abzugeben, deren Form oder Bezeichnung die Gefahr einer Verwechslung des Inhalts mit Nahrungs- oder Genußmitteln herbeizuführen geeignet ist.

Die Bezirksämter wurden angewiesen, überall da, wo ein Bedürfnis vorliegt, auf Erlassung solcher ortspolizeilichen Vorschriften hinzuwirken.

Die Abgabe von Giften in derartigen Gefäßen ist bereits durch § 15 der Verordnung über den Verkehr mit Giften vom 27. Februar 1895 allgemein verboten.

** In der Presse ist in letzter Zeit abfällig kritisiert worden, daß die Eisenbahnverwaltung technischen Beamten gekündigt habe, während andererseits durch den Weggang solcher Beamten ein Mangel eingetreten sei, der zur Einstellung uneingearbeiteter an Stelle der ausgetretenen

nen eingearbeiteten Kräfte genügt habe. Wie wir erfahren, ist der Sachverhalt folgender:

Durch die Änderungen in der Organisation der Eisenbahnverwaltung wird insbesondere auch eine Vereinfachung des Dienstes der bahntechnischen Dienststellen durch Befreiung von entbehrlichen Doppelarbeiten und zweckmäßigere Einteilung der Bezirks- und Ortsstellen bezweckt, wobei die bei der Mehrzahl der anderen deutschen Staatsbahnverwaltungen bestehenden bewährten Einrichtungen als Vorbild gedient haben. Die Organisationsänderungen machten eine eingehende Prüfung des Personalbedarfs der bahntechnischen Dienststellen nötig, wobei sich als Folge der Vereinfachungen eine Verminderung der für den laufenden Dienst dauernd erforderlichen Dienstposten ergab. Dagegen wurde eine Verminderung der Zahl der für die größeren Bauarbeiten erforderlichen Dienstposten aus Anlaß der Organisationsänderungen nicht in Aussicht genommen; hier sollte eine Berringerung des Personals vielmehr erst entsprechend dem Nachlassen der Bautätigkeit eintreten. Obgleich die durch die Organisationsänderungen überzählig werdenden Techniker schon nach der auf 1. April d. J. erfolgten Durchführung dieser Änderungen hätten entbehrlich werden können, wurde ihnen, um Härten zu vermeiden und ihren Übertritt in andere Stellen zu erleichtern, der Dienst erst auf 1. Oktober d. J. gekündigt und zugleich eröffnet, daß, wenn sie vorher schon andere Stellen erhalten könnten, ihrem früheren Dienstaustritt nichts entgegenstehe. Von diesen Technikern hat ein Teil von der Möglichkeit, schon vor dem 1. Oktober in andere Stellen überzutreten, Gebrauch gemacht. Durch diese Dienstaustritte sind irgendwelche Schwierigkeiten für die Eisenbahnverwaltung nicht entstanden. Dagegen trat weiterhin noch eine größere Anzahl von Technikern nach eigener Kündigung deshalb aus, weil ihnen aus den vorstehend angegebenen Gründen eröffnet worden war, daß sie nur als vorübergehend beschäftigt zu betrachten seien, während sie bisher wohl auf dauernde Beibehaltung im Dienst der Eisenbahnverwaltung gerechnet hatten. Für einen kleinen Teil dieser letzteren Bediensteten muß vorübergehend Ersatz beschafft werden, bis ein Teil des bei den großen Bahnhöfen verwendeten Personals verfügbar wird. Die gleichen Verhältnisse würden hiernach auch eingetreten sein, wenn eine Kündigung vor: Technikern infolge von Organisationsänderungen nicht eingetreten, sondern lediglich die schon durch das Reichsgesetz über die Angestelltenversicherung notwendig gewordene Scheidung der vorhandenen Techniker in Anwärter auf Beamtenstellen und in Nichtanwärter vorgenommen worden wäre. Die Vorwürfe, die in den erwähnten Zeitungsausschnitten aus Anlaß dieser Vorgänge gegen die Eisenbahnverwaltung erhoben werden, können daher als berechtigt nicht anerkannt werden.

11. Landestuberkuloseversammlung.

oc. Heidelberg, 28. April. Im großen Saal der Stadthalle fand heute nachmittag die 11. Landestuberkuloseversammlung in Anwesenheit der Großherzogin Hildegard. Zu der Versammlung waren u. a. erschienen: Oberbürgermeister Wildens, Vertreter der Universität, ferner als Vertreter des Ministeriums des Innern Geh. Obermedizinalrat Haufer. — Der Vorsitzende der Tuberkuloseauschüsse des Landes, Prof. Dr. Stark in Karlsruhe, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Er bedauerte, daß Großherzogin Luise der Versammlung nicht anwohnen konnte. Der hohen Frau wurde ein Ergebnistelegramm übermittelt. Die Grüße des Badischen Frauenvereins überbrachte Geh. Rat Müller. Der Vorsitzende gab sodann seiner Freude über die gute Weiterentwicklung der Ausschüsse Ausdruck und Medizinalrat Dr. Holl in Heidelberg referierte über die Tätigkeit des hiesigen Orts-Tuberkuloseauschusses, der schöne Erfolge zu verzeichnen habe.

Prof. Dr. Stark aus Karlsruhe behandelte dann die Tuberkulosebekämpfung im Großherzogtum und hob dabei hervor, wie sehr sich die ärztlichen Beratungsstellen bewährt haben. Von einer systematischen Bekämpfung der Lungentuberkulose könne erst seit 1899 gesprochen werden. Die Hilfsausschüsse des Tuberkulosevereins würden fortgesetzt sich steigend in Anspruch genommen. Während noch 1907 insgesamt 1818 Personen ihren Rat und ihre Hilfe nachsuchten, war diese Zahl 1912 auf 7389 gestiegen. Sodann behandelte Prof. Dr. Kuffel in Heidelberg die Verbreitung der Tuberkulose und stellte dabei an Hand von Tabellen fest, daß auch die medizinische Tuberkuloseforschung große Fortschritte gemacht und mit an den Erfolgen bei der Bekämpfung der Tuberkulose beteiligt sei. Eine große Rolle spiele die Bekämpfung der Kinder-Tuberkulose. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der besonders die Wohnungsfrage und die Gartenstadtbewegung berührt wurden. Der Vorsitzende des Statistischen Landesamts Baden, Oberregierungsrat Lange, gab die neuesten Zahlen der Tuberkulosefälle in Baden bekannt. Die im Jahre 1912 festgestellten 3443 Todesfälle an Schwindsucht bedeuteten eine Abnahme von 114 Fällen gegenüber den Ergebnissen des Jahres 1911. — Zu Schluß der Versammlung dankte Prof. Stark sämtlichen Rednern für ihre interessanten Ausführungen und schloß mit einem Hoch auf die Großherzogin, welche sich später eine Reihe der Erschienenen vorstellen ließ.

oc. Mannheim, 28. April. In einem Hause der Neckarstadt wurden 10 verrottete Kinderleichen aufgefunden. Über die Herkunft der Leichen steht bis jetzt jeder Anhaltspunkt. Sie

waren ganz schwämmig mumiifiziert, mit Koll umgeben und dann mit Tüchern umwickelt. Ob es sich bei den Kinderleichen um Neugeburt oder Mißgeburten, oder um einige Monate alte Kinder handelt, kann bei dem Zustand der Leichen nicht mehr gesagt werden. Ob die Opfer eigene Kinder der an einem unerlaubten Eingriff verstorbenen Frau des Maurerpoliers Bühler waren oder ob die Kinderleichen von anderen Frauenspersonen stammten, die bei Frau Bühler Rat suchten, muß die Untersuchung ergeben, die freilich durch den Tod der Frau erschwert ist. Der verhaftete Ehemann Bühler behauptet, keine Ahnung von irgend etwas Strafbarem, das seine Frau getrieben, gehabt zu haben. Nach einer Blättermeldung des „M. Tgl.“ traut man Bühler die Tat des Mordmordes nicht zu, er war ein fleißiger und wohlgeleiteter Mann.

Heidelberg, 28. April. Das Programm der drei geschichtlichen Vorträge, welche Professor Dr. Hermann Enden zur würdigen Begehung des Gedächtnisses der großen Zeit von 1813 auf Bitte der städtischen Verwaltung mit freiem Zutritt für Jedermann am 3., 5. und 7. Mai, abends in der Stadthalle halten wird, liegt nunmehr vor. Danach wird der erste seiner Vorträge Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung, der zweite die geistige und sittliche Vorbereitung der Befreiung und die preussische Reformzeit und der dritte den Befreiungskrieg und sein Ergebnis für die deutsche Nation zum Gegenstand haben. — Auf Anregung des Großh. Bezirksamts hat sich der Stadtrat mit der Ausgestaltung der hiesigen Ortskrankenliste zu einer allgemeinen Ortskrankenliste für den ganzen Amtsbezirk Heidelberg einverstanden erklärt.

Aus der Residenz.

Von der Großherzoglichen Gemäldergalerie. Jeden Kunstfreund wird es interessieren, daß soeben eine neue Serie von Postkarten erschienen ist, welche die hiesigen Bilderwerke von Gemälden aus unserer Galerie. Es sind dies: Della Vecchia, Mädchenbildnis. — Rullfcher, Tod Maria. — Feuerbach, Gastmahl Plato. — Dante mit edlen Frauen. — Rana Risi. — Cranach, Madonna mit Kind. — Tidemann, Brautkone. — Schönlcher, Holländisches Dorf. — Thoma, Mutter und Schwester. — Kinderreigen. — Es ist nur zu begrüßen, daß ein Teil der reichen Schätze unserer heimischen Galerie in dieser Weise allgemein bekannt gemacht wird. Die Karten bilden überdies eine wertvolle Ergänzung des Galerieführers von Reichensperger. Die neue Serie zeigt von einer geschmack- und verständnisvollen Auswahl der Gemälde. Die Karten, die in der Kunstdruckerei Künstlerbund hier hergestellt worden sind, stellen technisch vollendete Wiedergaben dar. Sie sind ebenso wie der Galerieführer in der Verlage der G. Braunschen Hofbuchdruckerei Karlsruhe erschienen. Der Preis beträgt für jede Karte 10 Pf.

Café-Eröffnung. Die Stadt ist nicht mehr arm an modernen Cafés. Nachdem eine Zeit hindurch wirklich nur ein großstädtisches Café bestand, ist die Zahl in letzter Zeit vermehrt worden. Erst vor wenigen Wochen wurde das vollständig neu eingerichtete Café Museum im Hause der Gesellschaft Museum eröffnet und am Donnerstag nachmittag ist das Café-Restaurant „Zum Roninger“, in dem bekannten Hause Ecke Karl- und Kaiserstraße gelegen, dem Betrieb übergeben worden. Auch dieses neue Café zeichnet sich durch Vornehmheit und Eleganz aus.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 29. April. Im Anschluß an die Feier zur Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise wird am 26. Mai im Garten des Reichsamts des Innern ein Gartenfest stattfinden, das von der Vorsitzenden des Verbandes Groß-Berlins vom Roten Kreuz organisiert wird.

Berlin, 29. April. In der heute fortgesetzten allgemeinen Bepredung in der Budgetkommission des Reichstags führte zunächst ein sozialdemokratischer Abgeordneter aus: In weiten Kreisen Belgiens sieht man mit Sorge einem deutsch-französischen Krieg entgegen, weil man fürchtet, Deutschland würde die belgische Neutralität nicht respektieren. Staatssekretär von Jagow erwiderte, die Neutralität Belgiens sei durch internationale Abmachungen festgelegt und Deutschland sei entschlossen, an diesen Abmachungen festzuhalten. — Ein anderer sozialdemokratischer Redner besprach die Verhältnisse Deutschlands zu den Balkanstaaten, zu Frankreich und England. Staatssekretär von Jagow erklärte, er könne dem, was er schon früher gesagt, nichts Neues hinzufügen. Die Vorredner hätten auch keine neuen Momente angeführt. Er könne nur wiederholen, Deutschland wolle den Frieden; das habe es durch die 43jährige Friedensperiode bewiesen. Deutschland sei auch stets bereit, mit Frankreich friedlich auszukommen. Auch Österreich habe bewiesen, daß es friedlich gesinnt sei. — Ein sozialdemokratischer Redner hält auch die Wiederholung des Selbstmordverhältnisses für wertvoll, wenn von der Gegenseite Verleumdungen gegen Deutschland ausgesprochen werden, das sei in Belgien der Fall. Staatssekretär v. Jagow erklärte, seinen klaren Worten über unser Verhältnis zu Belgien habe er nichts hinzuzufügen. Ein eventueller Konflikt Österreichs mit Montenegro gehe uns zunächst nichts an und habe mit der Wehrvorlage nichts zu tun. Über Estland habe er keine neue Nachrichten. Auf die weiteren Ausführungen eines sozialdemokratischen Abgeordneten erwiderte der Kriegsminister, Belgien spiele bei der Begründung der Wehrvorlage keine Rolle, vielmehr liege die Begründung bei den Verhältnissen im Osten. Die international gewählte Neutralität Belgiens werde Deutschland nicht aus den Augen lassen.

Ein fortschrittlicher Redner war der Ansicht, für einen Teil der gesamten politischen Lage, mit der die Vorlage begründet werde, habe Estland große Bedeutung für Deutschland.

Staatssekretär v. Jagow betonte nochmals, seine Erklärung betreffend Belgiens sei deutlich. — Ein nationalliberaler Abgeordneter wünschte Mitteilungen über Estland, bezugl. die Beratungen der Botschaftskonferenz, worauf Staatssekretär v. Jagow erklärte, eine Meldung des Botschafters in London läge bei ihm noch nicht vor. Weiter besprach ein sozialdemokratischer Abgeordneter die ziffermäßige Stärke der Armeen unserer Verbündeten und fragte an, ob auch Italien und Österreich-Ungarn ihre Heeresmacht verstärken. — Hierauf schlug der Vorsitzende vor, nunmehr in die materielle Beratung einzutreten und zuerst die Etatsverhöbungen, dann die Truppenformationen und zuletzt das Gesetz selbst zu beraten. Die Kommandobehörden sollen beim Ergänzungsetat besprochen werden. Beide Referenten beantragten hierauf die Genehmigung der Etatsverhöbungen.

Kriegsminister von Heeringen erklärte sodann, das Streben der Heeresverwaltung sei dahin gerichtet, die Etatsstärken an unseren Grenzen möglichst den Kriegsstärken zu nähern, aber die Einschränkung sei durch die geforderte Ausbildung gegeben.

Berlin, 29. April. Um die im Laufe der Zeit hervorgetretenen Mißstände zu beseitigen, wird beabsichtigt, das Neffamwesen von Reichs wegen gesetzlich zu ordnen.

London, 29. April. Ein Bulletin besagt, daß der Zustand der Herzogin von Connaught eine abermalige Operation nötig mache.

Wien, 29. April. Die „Reichspost“ schreibt: Die nächsten Tage werden eine entscheidende Wendung in der Estuarfrage bringen müssen. Mit großer Befriedigung wird in Wien darauf hingewiesen, daß das diplomatische Vorgehen Österreich-Ungarns namentlich durch seinen deutschen Bundesgenossen eine warme und energische Unterstützung erfährt, ein Beweis von Solidarität, welcher gewiß in der ganzen Welt großen Eindruck hervorgerufen wird.

Verschiedenes.

Luftschiffahrt.

Wienhausen, 27. April. Im Fort bei Almerode wurde heute vormittag 9 Uhr der seit vergangenen Sonntag vermehrte Ballon „Ise“ völlig verbrannt aufgefunden. Die Leiche des Führers, Kaufmann Wegand aus Kassel, lag daneben. Die folgende an Ort und Stelle gezielte Kommission des hiesigen Vereins für Luftschiffahrt stellte folgendes fest: Der Ballon war bis zu einer Höhe von 3700 Meter geflogen, dann bis auf 700 Meter gefallen, und dann in dieser Höhe anscheinend von einem Bligstrahl getroffen worden, so daß der brennende Ballon in die Tiefe stürzte. Aus den vorgefundenen Nesten geht hervor, daß der Führer im Ballon verbrannt ist. Nach dem am letzten Sonntag in Kassel erfolgten Aufstieg ist der Ballon vermutlich nur 1½ Stunde in der Luft gewesen, denn bereits um 9.30 Uhr wurden in Almerode, dem der Fundstelle zunächst gelegenen Ort, ein Gemitter wahrgenommen, das dem Verunglückten verderblich geworden sein dürfte.

Paris, 24. April. Bei Compiègne wurde eine halbstündige Versuchsfahrt mit einem von dem Luftschiffer Leprince erbauten lenkbaren Kugelballon unternommen, die durchaus gelungen ist. Die Lenkbarkeit dieses 1000 Kubikmeter fassenden Ballons wird mittels zweier vierflügeligen und zweier zweiflügeligen Schrauben erzielt, die von einem Zehnflügelmotor getrieben werden. Man hält es für möglich, daß derartige Ballons für militärische Zwecke gute Dienste leisten können.

Hamburg, 25. April. Heute morgen 9 Uhr wurde mit der Hebung des Hecks des Torpedoboots „S 178“ begonnen. Die Hebung war gegen 3 Uhr nachmittags beendet. Das Heck des Bootes ist einen halben Meter über Wasser gehoben worden von dem Krane „Oberelbe“ des Norddeutschen Bergungsvereins. Das Heck wird mit dem Krane durch die Schlepper „Albatros“ und „Neiker“ nach Wilhelmshaven geschleppt werden, wo die Schlepper zwar erst morgen nachmittag ankommen dürften, da das Schleppen nur sehr langsam vor sich gehen kann. Bei der Hebung wurden 4 Stahltröge und 2 Stahlseile verwendet. Der vordere Teil des Torpedoboots wird erst später gehoben, der genaue Zeitpunkt läßt sich wegen des ungünstigen Wetters nicht voraussagen.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: R. Adolf Matten, Kaufmann. — Ein Mädchen: R. August Fingado, Regierungsrat. — Eheverlobte. Emil Gawcin von hier, Schlosser hier, mit Anna Dummer von hier. — Karl Kold von Oberader, Schneider hier, mit Marie Wittmann von Döslar. — Ludwig Förchner von hier, Kaufmann hier, mit Karoline Seifried von hier. — Karl Hartmann von Darmstadt, Kaufmann hier, mit Margarete Heibel von Ortenberg. — Albert Mall von Amriswil, Kaufmann hier, mit Berta Weinig von hier. — Wilhelm Fröh von Forbach, Postbote hier, mit Rosine Roth von Gausbach. — Gottfried Trischler von Freiburg, Journierjäger hier, mit Luise Frey von Freiburg.

Todesfälle. Anna Klapprecht, Witwe. — Anna Burst, Ehefrau. — Berthold Dobler, Buchbindermeister, Ehemann. — Kurt Walter, R. Heinrich Söhner, Schuhmann. — Elisabeth Helmebach, Ehefrau. — Otto Dohs, Tagelöhner, Ehemann. — Elisabeth, R. Alexander Müller, Kaufmann. — Margarete, R. Valentin Sants, Bahnarbeiter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 29. April 1913.

Die nordwestliche Depression ist bis zu den Faröer weitergezogen und hat dabei erheblich abgenommen. Deutschland liegt noch am Rand eines Hochdruckgebietes, das einen Kern über dem nordöstlichen Europa aufweist; das Wetter ist heiter, vielfach ganz wolkenlos und sehr warm. Über Westdeutschland sind kleine Unregelmäßigkeiten in der Luftdruckverteilung zu erkennen, die sich wohl durch Gewitterbildung geltend machen werden; sonst wird das Wetter vorwiegend heiter und warm bleiben.

Wetternachrichten aus dem Süden

Lucona wolkenlos 11 Grad, Triest heiter 19 Grad, Florenz bedeckt 13 Grad, Rom wolkenlos 12 Grad, Brindisi bedeckt 15 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Niederschlag in mm	Rel. Feuchtigk. in Proz.	Wind	Wimmel
28. Nachts 9 ^h 11.	750.6	16.6	10.9	77	SW	wolkenlos
29. Morgs. 7 ^h 11.	753.2	15.2	10.0	77	Still	heiter
29. Mittags 2 ^h 11.	750.6	24.9	8.6	36	NO	wolkenlos

Höchste Temperatur am 28. April: 24.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.3. Niederschlagsmenge, gemessen am 29. April, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 29. April, früh: Schusterinsel 2.10 m, gestiegen 4 cm; Rehl 2.98 m, gestiegen 1 cm; Mannheim 4.44 m, gefallen 6 cm; Mannheim 3.78 m, gefallen 8 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bei Appetitlosigkeit
Dr. Hommel's Haematogen
20 jähriger Erfolg!
Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

Herrenalb

Das Paradies
des nördl. Schwarzwaldes.

Herz- und Nervenkurort. — Sommerfrische 1. Ranges. —
Bestes Gebirgsklima. — 10 000 Kurgäste. — Beliebter Tages-
ausflug von Pforzheim, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart.

Städt. Kurhaus

Aerztlich geleitetes Sanatorium mit den modernsten Ein-
richtungen. — Röntgenlaboratorium. — Inhalatorium. —
Diätküche. — Neu eröffnet. — Für Nerven-, Herz-, Stoff-
wechslerkrankte und Erholungsbedürftige. — Jahresbetrieb. —
Aerztlicher Leiter: Dr. med. Glitsch. E.699

Prospekte durch die Kurverwaltung.

Möbelmagazin vereinigter Schreinermeister

Telephon 114 eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht Gegr. 1883

Karlsruhe i. B. Amalienstraße 31

Komplette Wohnungs- Einrichtungen und Einzeilmöbel in allen Preislagen
Gediegenste Ausführung mit langjähriger Garantie

Eigene Polster- u. Dekorationswerkstätte — Besichtigung ohne Kaufzwang.

Hypothekentapitalien

I. oder II. Rechts
gewährt und beschafft jederzeit
und in jeder Höhe zu günstigen
zeitgemäßen — Sparlassen u.
Bankkonditionen — die Karlsru-
her Geschäftsstelle der
Badischen Finanz- u. Handels-
Gesellschaft m. b. H.

Bachstraße 88. Telephon 2732

Pianola-Vorträge

finden Montag den 28., Dienstag den 29. und Mittwoch den 30. April jeweils
von 11 bis 12 und von 2 bis 4 Uhr in dem Magazin des Unterzeichneten statt.
Zu diesen Vorträgen sind Interessenten höchlich eingeladen

Ludwig Schweisgut
Hoflieferant Karlsruhe Erbprinzenstr. 4

Behuter Zentralzuchtviehmarkt

des Verbands der mittelbadischen Zuchtgenossenschaften
am 14. und 15. Mai 1913 in Offenburg. (Wegen der Pfingst-
feierzeit also am einen Tag verschoben.)

Mit diesem Markt verbindet die Stadtgemeinde Offenburg
einen Fohlen-, Zuchtschweine- und Zuchtziegenmarkt.

Nähere Auskunft erteilen das Verbandspräsidium und
Zuchtspekter Servatius in Freiburg i. Br. bezw. das Bürger-
meisteramt Offenburg.

Carola-Quellen

reinigen die Nieren.

Zur Frühjahrskur trinken Sie bei Störungen
der Nierenfunktionen und der Harnorgane,
Steinleiden und Gicht täglich frühmorgens
1 Flasche Carola-Heilquelle; 10 Flaschen ge-
nügen, um Sie von der günstigen Wirkung
zu überzeugen; fragen Sie Ihren Haus-
arzt! In allen Apotheken, Drogerien
und Mineralwasserhandlungen erhältlich;

Kurprospekte und Trinkvorschriften & Carolabad Rappoltsweiler, Südoberlin.
Hauptniederlagen in Karlsruhe: Bahm & Bassler, Inh. Dr. Kux, Zirkel
30, Tel. 255, u. A. Müller, Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstr. 42, Tel. 1233.

Unwiderruflich!

Ziehung 14. u. 15. Mai 1913.

Nürnberger Geld-Lotterie

4724 Geldgewinne
har ohne Abzug Mark:

120000
Hauptgewinne Mark:

50000
20000
10000
etc. etc. etc.

Lose à M. 3.—
Porto und Liste 30 Pig. extra.

Zu beziehen durch: Carl Götz,
Lotteriebanc, Hebelstraße 11/15,
Gebrüder Gühringer, Kaiserstr.
60, Woerner & Wehrle, Bank-
geschäft, Eduard Flügel, Emil
Holst; in Karlsruhe - Mühlburg:
Wilhelm Nuber. E.498

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2930. Mannheim. In dem
Konkursverfahren über das
Vermögen des Anton Gumbel
II., Baugeschäft in Feuden-
heim, ist zur Prüfung der
nachträglich angemeldeten
Forderungen Termin auf
Samstag den 17. Mai 1913,
vormittags 9 Uhr,
vor Gr. Amtsgericht 3. III
hier, 2. Stod, Zimmer 113,
anberaumt.

Mannheim, 22. April 1913.
Der Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts 3. III.

2931. Meßkirch. Termin zur
Prüfung der nachträglich an-
gemeldeten Forderungen im
Konkursverfahren über das
Vermögen des Karl Nießer
von Rohrdorf ist bestimmt auf
Dienstag den 20. Mai 1913,
vormittags 11 Uhr,
vor das Großh. Amtsgericht
hier.

Meßkirch, 22. April 1913.
Gerichtsschreiber
des Großh. Amtsgerichts.

2932. Wolfach. Über das
Vermögen des Wäders und
Wirts Albert Gruber in
Schenzell wurde heute am
28. April 1913, nachmittags
3 Uhr, das Konkursverfahren
eröffnet, da der Gemeinschul-
dner den Antrag gestellt
und seine Überschuldung u. Zah-
lungsunfähigkeit dargetan
hat.

Der Rechtsanwält Schauble
in Wolfach wurde zum Kon-
kursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis
zum 7. Juni 1913 bei dem
Gerichte anzumelden.

Termin zur Beschlußfäs-
ung über die Verbeihaltung
des ernannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters, so-
wie über die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und ein-
tretendenfalls über die in §
132 der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände ist be-
stimmt auf

Dienstag den 20. Mai 1913,
nachmittags 5 Uhr,
und zur Prüfung der ange-
meldeten Forderungen auf
Donnerstag, 19. Juni 1913,
nachmittags 5 Uhr.

Allen Personen, welche eine
zur Konkursmasse gehörige
Sache in Besitz haben oder zur
Konkursmasse etwas schuldig
sind, wird aufgegeben, nichts
an den Gemeinschuldner zu
verabfolgen oder zu leisten,
auch die Verpflichtung aufzer-
legt, von dem Befizze der Sache
für welche sie aus der Sache
abgesonderte Vertheidigung in
Anspruch nehmen, dem Kon-
kursverwalter bis zum 7.
Juni 1913 Anzeige zu ma-
chen.

Wolfach, 28. April 1913.
Gerichtsschreiber Gr. Amts-
gerichts.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.

2924.21. Oberkirch. Rat-
schreiber Richard Graf in
Oberkirch als Generalbevoll-
mächtigter der Wälscherin An-
na Maria Wals, ledig in
Oberkirch, hat beantragt,

1. den seit 1862 verschollenen,
am 23. Juli 1839 zu Tiefen-
bronn geborenen Franz
Josef Wals,
2. die seit 1868 verschollene,
am 5. September 1840 zu

Mannheimer Lotterie

Ziehung 7. Mai 1913
Mark 50 000 bar. Haupt-
treffer M. 6000, 3500, 15 à
1000 usw. mit kleinem Abzug
Bargeld zahlbar. Lose à 1
Mark, 11 Stück = 10 Mark.

Carl Götz,
Gebehr. 11/15 Karlsruhe.

Zwei Wagenpferde

9jährige, irische Graus-
schimmel, rotte Käufer,
von tadellosem Bau, für
besseres Lohngepaar
sehr geeignet. Umstände
halber billig zu ver-
kaufen. E.650

Konfervenfabrik Joh.
Braun, Mt.-Ges., Pfef-
dersheim bei Worms.

Diwan!

in großer Auswahl, sehr schön
und dauerhaft gearbeitet, wer-
den äußerst billig abgegeben bei

J. Feiter, Waldstr. 7, Tel. 2968.

Briefmarken

der Kreuz-
er- und
Großdeinwährung von
den deutschen Einzel-
staaten in jedem Posten,
auch auf ganzen Briefen
zu kaufen gesucht. An-
frichtsendung Bedingung.

H. Faun, Mannheim.

In Pfarrhaus

oder christlicher Lehrersfamilie
suche für meine durchaus ge-
sunde, tüchtige, fleißige 18jäh-
rige Tochter aus guter Fami-
lie Stellung als Stütze. Ver-
gütung wird nicht verlangt.
Familienanschluß und liebe-
volle Behandlung jedoch Be-
dingung.

Offerten unter E. 698 an
die Expedition der Karlsruher
Zeitung.

Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft

Sektion II Karlsruhe.

Einladung.

Gemäß § 23 der Satzung werden die Mitglieder unserer
Sektion hierdurch zur 29. ordentlichen Sektionsversammlung
auf Mittwoch den 21. Mai 1913, vormittags 11 1/2 Uhr, im Notar-
saal in Neßl (Stadt) eingeladen.

Tagesordnung:

- Geschäftsbericht für das Jahr 1912.
- Rechnungsbericht für das Jahr 1912.
- Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1913.
- Voranschlag für das Jahr 1914.
- Anträge und Sonstiges.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß außer den vom
Wahlvorstand in Gemäßheit des § 7 der Wahlordnung aufge-
stellten Wahlvorschlägen weitere Wahlvorschläge für die Wahl
von Vertretern und Vorstandsmitgliedern nicht eingegangen
sind. Nach § 9 der Wahlordnung sind daher die auf den Wahl-
vorschlägen des Vorstandes bezeichneten Bewerber ohne Stim-
mabgabe gewählt und hat ein Wahlgang in der Sektionsver-
sammlung nicht stattzufinden. E.691

Zur Teilnahme an der Sektionsversammlung sind nur zur
Sektion 2 gehörende Genossenschaftsmitglieder berechtigt.
Der Mitgliedschein ist vorzuzeigen.

Karlsruhe, den 28. April 1913.

Der Sektionsvorstand:
Martin Daub, Vorsitzender.

Südd. Eisenbahn-Gesellschaft.



Auf den Karlsruher Lokalbahnen, der Brechtalbahn, Kaiser-
frühlbahn und Zell-Lothnauer Bahn tritt am 1. Mai d. Js.
Fahrplanwechsel ein. E.702

Die Fahrpläne sind auf den Stationen käuflich zu haben.
Mannheim, im April 1913.

Die Direktion.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstücke: Gemarkung Karlsruhe Lgb. Nr. 4608; 9 a
06 qm Bauplatz und Straßengelände an der Vor- und Sofien-
straße, Lgb. Nr. 4609; 3 a 52 qm Bauplatz an der Goethe-
straße, Lgb. Nr. 4609 b; 2 a 58 qm Bauplatz dafelbst.

Schätzung: 22 600 M. + 7 000 M. + 5 200 M.

Eigentümer: Bauunternehmer Friedrich Lacroix in Karls-
ruhe.

Versteigerungstermin: Mittwoch den 14. Mai 1913, vor-
mittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Adlerstraße 25.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 25. März 1913.

Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Oberkirch geborene Franziska
Wals, beide zuletzt wohnhaft
in Oberkirch, für tot zu er-
klären.

Die Verschollenen werden
aufgefordert, sich spätestens in
dem auf

Donnerstag, 20. Novbr. 1913,
vormittags 11 Uhr,
vor dem unterzeichneten Ge-
richt anberaumten Aufgebots-
termin zu melden, widrigen-
falls die Todeserklärung er-
folgen wird.

An alle, welche Auskunft
über Leben oder Tod der Ver-
schollenen zu erteilen vermö-
gen, ergeht die Aufforderung,
spätestens im Aufgebotstermin
dem Gericht Anzeige zu ma-
chen.

Oberkirch, 25. April 1913.
Der Gerichtsschreiber Großh.
Amtsgerichts.

Entmündigung.
2983. Mannheim. Die
Witwe Sophie Berger, Ge-
schiedene Ehefrau des Flo-
rian Bopp geb. Ulrich, wohn-
haft in Mannheim, wurde
wegen Trunksucht entmün-
digt.

Mannheim, 16. April 1913.
Großh. Amtsgericht 3. II.

Verstehene Bekanntmachungen. Kanzleihilfenstelle.

Bei dem dies. Gericht ist
auf 1. Juni 1913 eine Kan-
zleihilfenstelle zu besetzen.
Jüngere Aktiare oder An-
zipienten wollen sich melden.
Neßl, den 24. April 1913.
Großh. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Wegen Erkrankung des
Kontrollreurs suchen wir auf
unbestimmte Zeit einen im
Sparwesen bewanderten
Beamten, dem zunächst die
Stellung der 1912er Rechnung
obliegen würde. E.642.3

Bewerberinnen innerhalb 10
Tagen unter Angabe der
Gehaltsansprüche und unter
Vorlage von Zeugnissen an
Städt. Sparkasse Säckingen.

Bekanntmachung.

Die Frausteuerlegale aus
1. der Schmoje und Pipora
Levisehen Aussteuerleistung
hier im Betrag von 200 M.
mit Bezugsdatum von Ver-
wandten der Stifter, 2. der
Nathan Levi Bürger Aus-
steuerleistung hier im Betrage
von 315.80 M., nur an
Verwandte der Stifter, sollen
an arme israel. Bräute ver-
geben werden. E.696

Bewerberinnen wollen sich
an den hiesig. Synagogerrat
wenden.

Säckingen, 27. April 1913.
B. Epstein, Stiftungsrat.

Erledigtes Stipendium.

Das von dem ehemaligen
Pfarrer Werner zu Steinach,
Amt Wolfach, und dem höchst-
seligen Fürsten Karl Eugen zu
Fürstberg gestiftetes Sti-
pendium für Studierende ist
mit 160 M. zu vergeben. Die
Verwandten des Stifters
Pfarrer Werner, dann die
Angehörigen des Stabes
Steinach, werden bei der Ver-
teilung vorzugsweise berück-
sichtigt; bei deren Mangel
kann jeder andere Fürstber-
gerische Studierende, welcher
durch Betragen, Fleiß und
Fortschritt sich auszeichnet,
darauf Anspruch machen. Die
Gesuche sind bis 15. Mai d.
J. einzureichen. E.697

Fürstlich Fürstbergische
Hauptkasse Donauerschingen.

Bekanntmachung.

Die Firma Weingroßhand-
lung und Branntweinbren-
nerei Camill Joz & Co., Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Buggingen ist
durch Beschluß der Gesell-
schafterversammlung vom 15.
März 1913 aufgelöst und
Rechnungsführer Arthur Bau-
mann in Freiburg i. B. zum
Liquidator bestellt worden.
Die Gläubiger der genannten
Gesellschaft werden hierdurch
aufgefordert, sich bei der Ge-
sellschaft zu melden. E.911

Freiburg i. B., 23. April 1913.
Arthur Baumann, Liquidator.

Hochbauarbeiten für ein neues Kantinengebäude in Durlach nach Finanzminis- terialverordnung vom 3. Jan. 1907 öffentlich zu vergeben:

Grab- und Maurerarbeit

Bekanntmachung.

Die Firma Weingroßhand-
lung und Branntweinbren-
nerei Camill Joz & Co., Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Buggingen ist
durch Beschluß der Gesell-
schafterversammlung vom 15.
März 1913 aufgelöst und
Rechnungsführer Arthur Bau-
mann in Freiburg i. B. zum
Liquidator bestellt worden.
Die Gläubiger der genannten
Gesellschaft werden hierdurch
aufgefordert, sich bei der Ge-
sellschaft zu melden. E.911

Freiburg i. B., 23. April 1913.
Arthur Baumann, Liquidator.

Hochbauarbeiten für zwei neue Stellvertretergebäude in Hagsfeld nach Finanzminis- terialverordnung vom 3. Jan. 1907 öffentlich zu vergeben:

Grab- und Maurerarbeiten,
Steinbauarbeiten (beil. 3,50
cbm wertes Material), Zim-
merarbeiten (beil. 21 cbm
Tannenholz), Klempnerarbei-
ten, Verputzarbeiten, Glaser-
arbeiten, Rollstuhlverlebung
(beil. 58 qm), Schreiner-
arbeiten, Schloßarbeiten,
Maler- und Ränderarbeiten.

Zeichnungen, Bedingnishefte
und Arbeitsbeschriebe in un-
seren Geschäftsräumen, Bau-
meisterstraße 9, Zimmer Nr.
1, zur Einsicht, dort auch Ab-
gabe der Angebotsvordrucke.

Angebote verschlossen, post-
frei und mit der nötigen Auf-
schrift, bis längstens Samst-
tag den 10. Mai 1913, vormit-
tags 10 Uhr, bei uns einzu-
reichen. Zuschlagsfrist vier-
zehn Tage. M.28.2.1

Karlsruhe, 28. April 1913.
Großh. Bauinspektion I.

Badischer Gütertarif.

Ab 1. Mai 1913 wird der
Frachtnachschlag bei Ausnutzung
des Ladegewichts auch für
Sendungen von den Bodenfee-
rifikationen gewährt, ferner
über die Station Oberbach in
den Ausnahmetarif 5 f aufge-
nommen. M.29

Karlsruhe, 28. April 1913.
Großh. Generaldirektion der
Staatsbahnen.

Südd.-östr. Verh.

Ab 15. Mai 1913 wird die
Station Karlsruhe Hafen in die
Abteilung F (Rheifen)
des Ausnahmetarifs 98 (II.
Ausfuhr aus Deutschland) im
Eisenbahngütertarif Teil II
Hefte 19 einbezogen. Näheres
in unserm Tarifanzeiger.

Karlsruhe, 27. April 1913.
Großh. Generaldirektion der
Staatsbahnen.

Österr.-ungarisch. Schweiz-Güterverkehr.

Die mit Bekanntmachung
vom 22. Februar ds. Js. auf
30. April 1913 gekündigten
Ausnahmetarife für Österr.
Teil III Hefte 1, 2 und 4 vom
1. Juli 1904 bleiben noch bis
31. Mai 1913 in Kraft.

Karlsruhe, 28. April 1913.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatsbahnen.